

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/72

Bonn, den 15. April 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

1 - 1a Das ganze deutsche Volk soll Zeuge sein 75

Zum zweiten Antwortschreiben der SPD an die SED

2 - 3 Schicksalsfrage des 20. Jahrhunderts 81

Bildungsnotstand - Bildungsurlaub

Von Philipp Pleß, MdB, Hessen

4 Eisenerz und Arbeitsplätze im Zonengrenzgebiet 49

Zu einer Denkschrift der IG-Bergbau

Von Klaus Rusticus, Hannover

5 1 000 Jahre Polen - 1 000 Jahre Schulen ? 48

Ein Streit, den Gomulka und Wyszynski vermeiden wollten

+ + +

Das ganze deutsche Volk soll Zeuge sein

Zum zweiten Antwortschreiben der SPD an die SED

ap - Das zweite offene Antwortschreiben der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Erwiderung auf die weitschweifigen Auslassungen der SED zu den von der SPD gestellten, Kernpunkte der deutschen Politik betreffenden Fragen enthält sich bei aller gebotenen Schärfe und Klarheit jedes polemischen Tones. Dieser wäre auch angesichts der Bedeutung dessen, um was es geht, nicht angebracht. Die SPD hat den Vorschlag des Zentralkomitees der SED, zwei Versammlungen - je eine in Mitteldeutschland und in der Bundesrepublik - aufgegriffen, statt Essen, wie es die SED wünschte, jedoch Hannover gewählt, jene Stadt, von der aus Kurt Schumacher den Wiederaufbau der Deutschen Sozialdemokratie nach dem Zusammenbruch leitete. Die Wahl dieser Stadt zum ersten Versammlungsort unterstreicht die Kontinuität der Auseinandersetzung zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten. Kompromisse kann es hier nicht geben. Die Gegensätze bleiben unüberbrückbar. Zwischen den Kräften der freiheitlicher Demokratie und den totalitären Gewalten gibt es keinen Brückenschlag.

Die Veröffentlichung des ersten Antwortschreibens der SPD im Zentralorgan der SED hat in der Zone wie ein Erdbeben gewirkt. Zum erstenmal seit vielen vielen Jahren konnten die Bewohner Mitteldeutschlands unverfälschte sozialdemokratische Argumente lesen und Fragen hören, die alle zutiefst bewegen, Fragen aus der Not des geteilten Deutschland geboren. Die SED ist ihnen ausgewichen, fand nicht den Mut zur Beantwortung; sie flüchtete in weitschweifige Erklärungen.

Dies sind die Fragen:

- * Ist die SED bereit, nicht nur ausgewählten Funktionären, sondern jedem Mitglied ihrer Partei und allen "Bürgern der DDR" - nicht nur Rentnern, sondern auch jüngeren Menschen - zu erlauben, die Bundesrepublik zu besuchen und sich hier ein eigenes Urteil über die tatsächliche Lage zu verschaffen?
- * Ist die SED bereit, im Bereich ihrer Verantwortung dazu beizutragen, daß den Menschen im gespaltenen Deutschland das Leben leichter gemacht wird?
- * Ist die SED bereit, ihre feindselige Haltung gegenüber Berlin aufzugeben?

- * Ist die SED zu einer freimütigen Diskussion in beiden Teilen Deutschlands bereit?
- * Ist die SED bereit, das Spielen mit dem Kriege aufzugeben?
- * Will sich die SED für praktische Erleichterungen im geteilten Deutschland einsetzen?

Für die Menschen im geteilten Deutschland tätig sein, das heißt unter anderem:

- * Nachbarschaftsverkehr an der Zonengrenze, in Anlehnung an die Berliner Passierscheinregelungen;
- * in Berlin selbst weitere Schritte in Richtung auf freien Personenverkehr;
- * Möglichkeiten des Vertriebs bzw. der Postzustellung von Zeitungen und Zeitschriften in beiden Teilen Deutschlands;
- * Abbau unnötiger Fesseln für den Austausch auf den Gebieten von Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur.

Diese Fragen der SPD bleiben auf der Tagesordnung der deutschen Politik, sie lassen sich nicht mehr unterdrücken. Zwanzig Jahre nach Kriegsende ist eine neue Generation Mühen und Drüben herangewachsen, verlangt nach Linderung der Folgen der Spaltung und ist bestrebt, sich ein eigenes Urteil zu bilden. Die Menschen dies- und jenseits der Zonengrenze hungern nach einer freien und offenen Diskussion in ganz Deutschland. Wenn sich die deutschen Kommunisten ihrer Sache ganz sicher sind, wenn sie wirklich glauben, die Zukunft gehöre ihnen, was hinderte sie bisher daran, sich den Repräsentanten der im Bundestag vertretenen Parteien auch in Mitteldeutschlands zu stellen? Der freie Teil Deutschlands hat die Auseinandersetzung nicht zu fürchten. Im Ringen um die Seele unseres Volkes stehen ihm die besseren Argumente und die Macht der Tatsachen zur Verfügung. Unser Volk will wissen, was getan werden kann, damit die Kluft, die ganz Deutschland trennt, wenigstens allmählich überwunden wird. - Die Deutsche Sozialdemokratie gibt sich über diese Seite im Buch der Nachkriegsgeschichte, die nun aufgeschlagen wird, keinerlei Illusionen hin. Mit Versamlungsreden allein sind die Berge von Schwierigkeiten nicht abzutragen. Taten im Sinne menschlicher Erleichterungen müssen folgen. Die Sozialdemokratie weiß sich dabei in Übereinstimmung mit der Mehrheit unseres Volkes, sie ist bereit, in g a n z Deutschland mit allen übrigen Parteien den Dialog über ein Deutschland zu führen, das wiedervereinigt seinen Platz als gleichberechtigtes Glied der Völkerfamilie in einer gesicherten europäischen Friedensordnung einnimmt. Das ganze deutsche Volk soll Zeuge dieser offenen Aussprache über die Kernfragen der deutschen Politik sein.

Schicksalsfrage des 20. Jahrhunderts

Bildungsnotstand - Bildungsurlaub

Von Philipp Ploß, MdB, Hessen

In den letzten Jahren hörten wir immer wieder, daß die Bildungsfrage, wie die soziale Frage im 19. Jahrhundert, zur Schicksalsfrage des 20. Jahrhunderts geworden ist. Indessen müssen Teilgebiete unseres bundesrepublikanischen Bildungsauftrages in den Bereich der noch immer nicht gelösten sozialen Probleme eingeordnet werden. Dazu gehört der bezahlte Bildungsurlaub, der in den bildungspolitischen Leitsätzen der SPD für die Arbeitnehmer gefordert wird.

Im Jahre 1960 hatte die 11. Generalkonferenz der UNESCO eine Konvention verabschiedet, die sich gegen jede Benachteiligung oder Bevorzugung von Personen oder Personengruppen im Bereich des Bildungswesens, also ab der Grundschule bis zur Hochschulbildung und der Erwachsenenbildung, wendet. Schon in der Charta der Menschenrechte von 1945 wurde der Anspruch auf Bildungsmöglichkeiten für alle, unabhängig von ihrer Herkunft, begründet. Und in den Grundrechten vieler Nationen sind die gleichberechtigten Ansprüche auf Bildung für alle Staatsbürger anerkannt.

Ohne daß Bildung expressis verbis erwähnt wird, setzt auch das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland Akzente für die freie Entfaltung der Persönlichkeit (Artikel 2 Abs. 2 GG) und gegen die Bevorzugung oder Benachteiligung wegen der Herkunft (Artikel 3 Abs. 3 GG). Daß die Bundesrepublik die nach dem Grundgesetz vorgesehene soziale Rechtsstaatlichkeit noch nicht entwickelt hat, zeigt sich auch an dem hierzulande herrschenden Bildungsnotstand. Denn entgegen den Grundrechten ist die Arbeitnehmerschaft noch immer weitgehend von den Bildungs- und Aufstiegschancen ausgeschlossen. Das Bildungsprivileg einer unsozialen Vergangenheit wirkt noch immer unheilvoll in unsere Gegenwart hinein.

Nach einer Untersuchung, die der Soziologe Ralf Dahrendorf vorgenommen hat, studierten noch im Wintersemester 1958/59 an unseren Universitäten von einer Million Beamtenfamilien mehr als 52 000 Kinder, von einer Million Ländarbeiterfamilien jedoch nur 80 Kinder.

Daß in der Bundesrepublik vorhandene Bildungsreserven unerschlossen bleiben, ist unbestritten. Andere, der Bundesrepublik vergleichbare Industrieländer weisen eine weit höhere Zahl von Vollzeitschülern im Alter von 15 bis 19 Jahren aus. Der relative Schulbesuch dieser Altersgruppe beträgt in den USA etwa 66 Prozent und in Kanada 45,9 Prozent.

In Ländern mit relativ gleich hohem Sozialprodukt wie in der Bundesrepublik sieht die Situation im Vollzeitschulbesuch der 15- bis 19-Jährigen wie folgt aus: Frankreich 30,8 Prozent, Norwegen

25,7 Prozent, Sowjetunion 48,6 Prozent und in der Bundesrepublik 18 Prozent. Dezentersprechend ist in der Bundesrepublik die Zahl der Abiturienten weit geringer als in anderen vergleichbaren Ländern. Es unterliegt keinem Zweifel, daß wir auf dem Bildungssektor rückständig geblieben sind.

* * *

Unterdessen aber wachsen wir in die automatisierte Industriegesellschaft hinein. Wir leben bereits in einer Arbeitswelt, die sich so schnell verändert, daß heute 30 von 100 Bundesdeutschen nicht mehr in ihren erlernten Berufen tätig sind. Die strukturelle Veränderung in Technik und Wirtschaft wird unaufhörlich Veränderungen in den Berufsbildern zur Folge haben. Anforderungen werden schon heute und künftig noch intensiver, an die Arbeitnehmer gestellt, die mit der herkömmlichen und völlig unzureichenden Volksschulbildung nicht erfüllt werden können.

Auch das Berufsausbildungswesen unserer Zeit kann die jungen Menschen nicht mit Wissen ausrüsten, das in den kommenden Jahrzehnten uns die Kraft einer modernen Industrienation geben könnte. Wenn hier nicht bald entschlossen Wandel geschaffen wird, dann wird die Bundesrepublik in der Skala der Weltproduktion in spätestens zwei Jahrzehnten weit zurückfallen. In der so oft erwähnten Auseinandersetzung der ideologischen Machtblöcke wird sie den Beitrag, der von ihr erwartet werden könnte, nicht erfüllen.

* * *

Der bezahlte Bildungsurlaub für Arbeitnehmer wird bestimmt nicht der Schlüssel zur Lösung dieses Problems sein. Aber er wird ein Weg gerade für die Arbeitnehmer sein, die "umsatteln" müssen, die in ihrer Leistungsfähigkeit sich mit der Veränderung an ihrem Arbeitsplatz weiterbilden oder eine andere Bildungschance wahrnehmen wollen.

Die Benachteiligung der Arbeitnehmerschaft, die bis in die Gegenwart andauert, muß überwunden werden. Die neue Gesellschaft, wenn sie auf der sozialen Rechtsstaatlichkeit beruhen soll, muß die formalen Gleichheitswerte realisieren und jedem Bürger, unabhängig von seiner Herkunft, die volle Chance einer möglichst positiven Entwicklung seiner Persönlichkeit geben.

Die Sozialdemokratische Partei nimmt dieses staatsbürgerliche Recht sehr ernst: "Der demokratische Staat braucht selbstbewußte Bürger, die sich und der Gesellschaft gegenüber verantwortlich handeln. Er hat die Pflicht, das Recht der Erwachsenen auf Bildung zu sichern. Jedem Arbeitnehmer wird ein gesetzlicher Anspruch auf einen Bildungsurlaub von zehn zusammenhängenden Arbeitstagen zugesprochen."

Eisenerz und Arbeitsplätze im Zonengrenzgebiet

Zu einer Denkschrift der IG-Bergbau

Von Klaus Rusticus, Hannover

In den letzten zwölf Jahren ging die westdeutsche Eisenerzförderung von 15 Millionen t um vier Millionen t im Jahr zurück. Seitdem verringerte sich die Gesamtbelegschaft der Erzgruben in der Bundesrepublik erheblich. 1957 beschäftigten die westdeutschen Erzgruben noch 24 300 Mann.

Die meisten Hüttenwerke spezialisierten sich auf preisgünstigeres, Fe-reicheres Auslandserz. Es wird heute aus vieler Herren Länder geliefert. Der Kampf um den deutschen Markt führte zu rigorosen Wettbewerbsverzerrungen, denen das Inlandserz nicht mehr standhalten konnte, obwohl nahezu alle Erzzechen durch Mechanisierungs- und Rationalisierungsmaßnahmen ihre Leistungen um durchschnittlich 100 Prozent steigerten.

Die Bundesregierung ließ es bisher - wie beim Energieproblem - an einer Rohstoffpolitik fehlen. Der Bundeswirtschaftsminister hat wiederholt erklärt, die Marktwirtschaft verbiete es, einen direkten Einfluß auf die westdeutschen Hüttenwerke auszuüben, damit diese eine Abnahmegarantie für das Inlandserz übernehmen.

Im Jahre 1965 wurden in der Bundesrepublik noch ca. elf Millionen t Erz gefördert. Über 60 Prozent davon kam aus dem niedersächsischen Zonenrandgebiet. Mehr als 45 Prozent lieferte die bundeseigene Salzgitter AG. Von der Jahresförderung 1965 konnte nur neun Millionen t abgesetzt werden. Etwa zwei Millionen t konnten nicht verkauft werden. Das ist genau der Haldenberg, der z. Z. in Salzgitter liegt.

Die IG-Bergbau und Energie wandte sich aus diesem Grunde erneut in einer Denkschrift an die Bundesregierung, um sie darauf aufmerksam zu machen, daß die bisher von ihr gewährten Hilfen nicht ausreichen werden, um eine bestimmte Substanz des deutschen Erzes zu erhalten. Die IGBE vertritt den Standpunkt, daß "es den westdeutschen Hüttenwerken trotz der angespannten Geschäftslage möglich sein müßte, bei entsprechender Steuererminderung gewisse Ersmengen zu einem angemessenen Preis abzunehmen".

Die Bergarbeitergewerkschaft hält es schließlich auch für erwägenswert, ein oder zwei Hochöfen an der Ruhr auf Inlandserze umzustellen. Eine dadurch zu erzielende Absatzsicherung würde dem deutschen Eisenerzbergbau über seine Schwierigkeiten hinweghelfen.

Die Marktwirtschaft schließt die soziale Frage nicht aus. Beim Energie- und Rohstoffproblem aber widmete man sich dieser Frage erst dann, als das "Kind" schon fast in den Brunnen gefallen war. Im Zonenrandgebiet ist aber die Stilllegung von Erzzechen eine politische Frage ersten Ranges. Diese Frage hat die Bundesregierung bisher nicht gelöst. Sie hat zwar Erleichterungen für das Inlandserz geschaffen und die Existenzfähigkeit mancher Grube verlängert, doch sie mußte wissen, daß Erzzechen ohne Absatzsicherung auf lange Sicht nicht lebensfähig sein werden.

Auch aus diesem Grunde gewinnt die jüngste Denkschrift der Bergarbeitergewerkschaft die Bedeutung eines erneuten SOS-Rufes aus dem deutschen Eisenerzrevier mit akutem politischem Akzent. Hier steht nicht nur die Preisgabe deutschen Rohstoffes auf dem Spiel, sondern auch die Erhaltung einiger tausend Arbeitsplätze im Schatten der Zonengrenze.

1 000 Jahre Polen - 1 000 Jahre Schulen ?

Ein Streit, den Gomulka und Wyszynski vermeiden wollten

xx - Die Begleiterscheinungen bei den Tausendjahrfeiern in Polen haben außer den inzwischen bekannt gewordenen Auseinandersetzungen zwischen der Katholischen Kirche auf der einen und der Staats- und kommunistischen Parteiführung auf der anderen Seite eine interessante Note, die auch im Westen nicht unbeachtet bleiben sollte.

Schon vor sieben Jahren haben Gomulka und Wyszynski versucht, für die Tausendjahrfeiern einen Kompromiß zwischen Kirche und Staat zu finden. Die Katholische Kirche konnte mit Recht darauf verweisen, daß mit dem Beginn der Christianisierung Polens die Staatswerdung Polens annahm. Nun bezweifelt aber die heutige Staatsführung, daß die Katholische Kirche zu allen Zeiten tatsächlich - wie diese behauptet - das eigentliche Rückgrat Polens gewesen sei. Diese Zweifel lassen sich sogar historisch begründen. Aus diesem Grunde hatte Gomulka bei den ersten Verhandlungen über die Gestaltung der Tausendjahrfeiern vorgeschlagen, die Kirche solle in der ihr geeignet erscheinenden Form auf die Christianisierung Polens verweisen, während der Staat bei seinen Feiern mehr die weltliche Seite des Jubiläums herausstellt. Es ist historisch nachweisbar, daß vor ungefähr tausend Jahren die ersten öffentlichen Schulen in Polen eingerichtet wurden; auch ist nicht zu bestreiten, daß das kommunistische Regime das allgemeine Bildungswesen seit dem Zweiten Weltkrieg in ungeahnter Weise förderte. Die Kommunistische Partei hatte daher als Motto für die Tausendjahrfeiern ursprünglich die Parole "1 000 Jahre Polen - 1 000 Jahre Schulen" gewählt.

Bis zum Jahre 1963 sah es so aus, als könne sich Gomulka und Wyszynski auf dieser Basis finden. Dann aber setzte die Katholische Kirche zur Gegenaktion ein. Ihre Historiker wiesen nach, daß die ersten Schulen in Polen Klosterschulen waren, daß also die Christianisierung und die Entwicklung zu einem polnischen Staatsbewußtsein ihren Ursprung christlich-katholischer Initiative verdanken.

Im Jahre 1964 wurde von katholischer Seite noch einmal der Versuch unternommen, die polnische Staatsführung davon zu überzeugen, daß die Fortsetzung des Streits über diese Frage zu einer weiteren Entfremdung zwischen Staat und Kirche führen werde. Wie es heißt, sei Gomulka ursprünglich bereit gewesen, die Warnung der Kirche in Rechnung zu stellen. Dann aber hätten sich im Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Polens die jüngeren Kräfte durchgesetzt, die es bewußt auf eine Machtprobe zwischen Kirche und Staat ankommen lassen wollten. Selbstverständlich führte diese Haltung zu einer Versteifung auf katholischer Seite, mit dem Ergebnis, daß jetzt während der Tausendjahrfeiern tatsächlich der von Gomulka und Wyszynski ursprünglich nicht gewollte offene Konflikt zutage tritt.

Kernner Polens meinen jedoch, man solle die z.T. aufgebauschten Auseinandersetzungen nicht überbewerten. Schon bei den ersten Feiern hat sich gezeigt, daß gute Katholiken an den von Behörden und der Kommunistischen Partei organisierten Veranstaltungen teilnehmen, gleich darauf aber zu Feiern gehen, die von der Kirche veranstaltet werden...